

# Kaum Aussicht auf Rheintal-Entlastung

Hessen: Das Bundesverkehrsministerium lehnt Untersuchungen für eine Alternativstrecke ab

Von Bernd Eyermann

**BONN.** Die lärmgeplagten Bürger im Rheintal werden voraussichtlich noch einige Zeit auf eine Entlastungsstrecke für den Güterverkehr warten müssen. So jedenfalls lassen sich die Äußerungen aus den Verkehrsministerien in Düsseldorf, Mainz und Wiesbaden sowie von der Deutschen Bahn AG zusammenfassen. Das Bundesverkehrsministerium war am Donnerstag und Freitag nicht in der Lage, dem General-Anzeiger Auskünfte zu dem Thema zu geben.

Der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber hatte am Mittwoch per Pressemitteilung „gute Nachrichten aus Berlin“ angekündigt und von einer Zusage der Deutschen Bahn berichtet, eine zusätzliche Nord-Süd-Strecke voranzutreiben, um das Rheintal vom erwarteten Zuwachs beim Güterverkehr zu entlasten. Kelber erklärte sogar, dass die Strecke bis 2017 vollständig umgesetzt werde und schon in diesem sowie im nächsten Jahr erste Maßnahmen in Angriff genommen würden.

Auf irgendwelche Daten wollte sich ein Sprecher der Deutschen Bahn allerdings keineswegs festlegen. Er sprach lediglich von „Überlegungen, die Ruhr-Sieg-Strecke zu ertüchtigen“. Dabei handelt es sich um den Streckenabschnitt zwischen Hagen und Siegen und in der Verlängerung über Gießen bis in den Rhein-Main-Raum, der auch von Kelber als mögliche Alternativstrecke für

die Rheintaltrasse genannt worden war.

Diese Bahnlinie führt durch Sauerland, Siegerland, Westerwald und Oberhessen, weist zahlreiche Tunnel auf und ist derzeit nicht in der Lage, lange Güterzüge aufzunehmen. Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan ist ein Ausbau dieser Strecke auch nicht vorgesehen. Demzufolge steht auch kein Geld aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung.

Ein wenig Hoffnung gibt es offenbar für einen kleinen Bereich des nordrhein-westfälischen Teils der Linie. In dem sogenannten Masterplan zum Ausbau der Schieneninfrastruktur, den die Landesregierung NRW, die Bundesregierung und die Deutsche Bahn im Dezember unterzeichneten, findet sich der Hinweis, dass die umfassende Modernisierung der Strecke Hagen-Gießen für Containerzüge entscheidend zu einer Verbesserung der Güterverkehrsverbindung von Nord- nach Süddeutschland beitragen soll.

Konkret geplant sei für 150 Millionen Euro die Sanierung und Profilerweiterung, also Vergrößerung von insgesamt sechs Tunnel im Abschnitt Lethmathe-Finnentrop im Sauerland, heißt es im Masterplan. Allerdings seien andere Schienenprojekte vordringlicher, sagte eine Sprecherin des Düsseldorfer Verkehrsministeriums. Zudem müsse der Bund das Geld zur Verfügung stellen. Aber dort fehlt offenbar zurzeit der Wille zu konkreten Überlegungen, wie die Rheintalstrecke entlastet werden könnte.

So teilte die Sprecherin des hessischen Verkehrsministeriums mit, dass sich die beiden Minister aus Rheinland-Pfalz und Hessen sowohl an den Bund als auch an die Bahn mit der Forderung gewandt hätten, „vorbereitende Untersuchungen für eine Trassenfindung zu beauftragen“.

Während sich die Bahn offen gezeigt habe, lehne das Bundesverkehrsministerium solche Untersuchungen ab. Im Haus von Minister Wolfgang Tiefensee verweise man auf die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans. Der derzeit gültige reicht bis zum Jahr 2015.

Demzufolge hätten Hessen und Rheinland-Pfalz es auch nicht für sinnvoll gehalten, mit der Bahn in Gespräche einzutreten. Zudem habe die Bahn signalisiert, dass sie keine Möglichkeit sehe, aus Eigenmitteln weitere Großprojekte zu beginnen.

Das rheinland-pfälzische Verkehrsministerium verwies in dem Zusammenhang darauf, dass man für die lärmgeplagten Bürger im Rheintal einiges gemacht habe: von der Errichtung von Lärmschutzwänden über den Einbau von Schallschutzfenstern bis hin zu Untersuchungen, ob und wie leisere Bremsen eingesetzt werden können. Allerdings kann das aus Sicht von Rheinland-Pfalz nicht alles sein. In Anbetracht des voraussichtlich zunehmenden Güterverkehrs müsse der Rheinkorridor langfristig grundlegend entlastet werden, hieß es in Mainz.